



# China

Olympische Winterspiele im Land der Lager



CHINA  
WHERE  
IS MY  
GRANDMA?!





*Menschenleben haben Vorrang vor allem, auch vor der Durchführung der Spiele.“*

IOC-Präsident Thomas Bach, März 2020<sup>1</sup>

Am 4. Februar 2022 beginnen in Peking und der umliegenden Region die Olympischen Winterspiele. Mit diesem sportlichen Großereignis wird die Kommunistische Partei Chinas (KPC) versuchen, sich der wachsenden Kritik aus dem Ausland an der gewaltsamen Assimilierungspolitik gegenüber ethnischen und religiösen Minderheiten zu erwehren. Bereits im Zuge der Sommerspiele im Jahr 2008 hat die Regierung gezeigt, dass sie entgegen der eigenen Ankündigungen nicht beabsichtigt, die Rechte der in China lebenden Menschen zu respektieren und den Schutz dieser Rechte auszubauen.

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) übte 2008 keine Kritik an den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen. Stattdessen verlieh IOC-Präsident Thomas Bach im Jahr 2013 Staats- und Parteichef Xi Jinping den Olympischen Orden. Zwei Jahre später erhielt China den Zuschlag für die Austragung der Winterspiele 2022. Zu diesem Zeitpunkt lief bereits eine Kampagne der chinesischen Regierung, die zum Ziel hatte, die Identität der muslimischen Nationalitäten der Uigur\*innen, Kasach\*innen und Kirgis\*innen auszulöschen. Trotz des inzwischen bekannten Systems aus Umerziehungslagern, Zwangsarbeit, Familientrennungen sowie der Zerstörung von Moscheen und Friedhöfen, lobt das IOC bis heute eher die Vorbereitung der Spiele durch den chinesischen Staat. In der Olympischen Charta festgelegte Werte wie die Wahrung der Menschenwürde und die Maxime, jede Form von Diskrimi-

nierung „aufgrund von Rasse, Religion, Politik, Geschlecht oder aus sonstigen Gründen [sei] mit der Zugehörigkeit [zur] Olympischen Bewegung unvereinbar“,<sup>2</sup> spielen für das IOC keine Rolle mehr, sobald es um die Austragung der Spiele in China geht. Dabei vergisst das IOC offensichtlich die eigene Geschichte: Zwischen 1964 und 1988 war Südafrika aufgrund seiner Apartheid-Politik vom IOC an der Teilnahme an den Olympischen Spielen ausgeschlossen.

Im Zuge der Vergabe der Olympischen Sommerspiele 2008 hatte die chinesische Regierung angekündigt, mehr für die Entwicklung der Menschenrechte im eigenen Land tun zu wollen. Das ist allerdings nicht passiert, weder vor noch während oder nach den Spielen. Im Gegenteil: Seitdem hat sich die Menschenrechtssituation in China nochmal drastisch verschlechtert. International preist Staats- und Parteichef Xi Jinping das autoritäre Modell der KPC als Vorbild für andere Staaten an, bekämpft auf der Ebene der Vereinten Nationen das internationale Menschenrechtssystem und verfolgt über die eigenen Staatsgrenzen hinaus Menschenrechtler\*innen. Dementsprechend muss sich auch das Verhalten des IOC und der Staaten verändern, deren Athlet\*innen an den Spielen teilnehmen. Um sich nicht von der Propaganda-Show der chinesischen Regierung vereinnahmen zu lassen, sollte das Internationale Olympische Komitee:



*Der Menschenrechtler Dolkun Isa verlor beide Elternteile in den Umerziehungslagern.*

- ✘ den Werten der Olympischen Charta gerecht werden und ein Ende der Umerziehungslager, Zwangsarbeit, Familientrennungen und Zwangssterilisierungen von muslimischen Frauen in Xinjiang / Ostturkestan fordern;
- ✘ eine Einschätzung darüber vorlegen, ob die Olympischen Spiele 2008 die Lage der Menschenrechte in China verbessert oder verschlechtert haben;
- ✘ die Versprechungen der chinesischen Regierung in Sachen Menschenrechte offenlegen, die diese dem IOC während des Bewerbungsprozesses für die Winterspiele gegeben hat;
- ✘ einen Plan vorlegen, wie es gravierenden Problemen wie Zwangsarbeit in den Lieferketten auch bei Sportausrüstung, Presseunfreiheit und Einschüchterung kritischer Stimmen sowie Massenüberwachung im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen begegnen will;
- ✘ Chinas Staats- und Parteichef den ihm 2013 verliehenen Olympischen Orden aufgrund des Völkermordes an Uigur\*innen und Kasach\*innen aberkennen.

Die deutsche Regierung sollte:

- ✘ in Absprache mit gleichgesinnten Staaten in einem diplomatischen Boykott keine staatlichen Vertreter\*innen zu den Winterspielen schicken;
- ✘ Druck auf das IOC ausüben, damit dieses den Werten der Olympischen Charta gerecht wird und bei jeder sich bietenden Gelegenheit öffentlich ein Ende der Umerziehungslager, der Zwangsarbeit, Familientrennungen und Zwangssterilisierungen fordert;
- ✘ die sich für die Spiele vorbereitenden Sportler\*innen umfassend über die Menschenrechtsverletzungen in China informieren.

*Unten: Die Tibeterin Nyima Lhamo, Nichte des in chinesischer Haft verstorbenen tibetischen buddhistischen Lehrers Tenzin Delek Rinpoche, konnte aus Tibet nach Indien fliehen und berichtete im September 2016 bei den Vereinten Nationen über das Schicksal ihres Onkels.*





*Die ethnische Kasachin Sayragul Sauytbay berichtete im November 2020 bei einer Anhörung des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe von ihren Erfahrungen in einem der geheimen Lager, die die Kommunistische Partei zur Umerziehung von ethnischen Minderheiten errichtet hat. Dorthin war sie als ehemalige Beamtin 2017 verschleppt worden. Sauytbay konnte aus China fliehen und lebt heute in Schweden.*

# Ankündigungen der Regierung vor den Spielen 2008

Im Jahr 2001 kündigte die chinesische Regierung im Zuge ihrer Bewerbung für die Ausrichtung der Sommerspiele 2008 an, dass es keine Restriktionen geben und Journalist\*innen Bewegungsfreiheit gewährt werde.<sup>3</sup> Der stellvertretende Bürgermeister von Peking, Liu Jingmin, erklärte, dass „wir mit der Bewerbung für die Olympiade nicht nur die Entwicklung der Stadt fördern wollen, sondern auch die Entwicklung der Gesellschaft, inklusive Demokratie und Menschenrechte.“<sup>4</sup> Die Jahre bis zur Olympiade seien eine lange Zeit und wenn die chinesische Regierung mit der Olympiade ein Ziel habe, auf das sie zustrebe, „wird es

uns dabei helfen, eine gerechtere und harmonischere Gesellschaft, eine demokratischere Gesellschaft zu schaffen, und zu Chinas Integration in die Welt beitragen“.<sup>5</sup> Im März 2008, im Zuge von Protesten in Tibet und verstärkter internationaler Aufmerksamkeit für die prekäre Menschenrechtssituation, versuchte der damalige Premierminister Wen Jiabao, Kritik an der Regierung mit dem Hinweis abzufangen, China werde bald den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifizieren.<sup>6</sup> 1998 hatte die Regierung den Pakt unterzeichnet. Ratifiziert hat sie ihn bis heute nicht.

## Verhalten der chinesischen Regierung vor, während und nach den Spielen 2008



*Die Olympische Idee, die auch den Menschenrechten verpflichtet ist, wurde in Peking in Frage gestellt.*

*(...) Das Versprechen der Organisatoren vor Vergabe der Spiele, dass deren Ausrichtung auch die Menschenrechte in China verbessern würde - es wurde nicht eingelöst. Schon vor den Spielen wurden Regierungskritiker unter Hausarrest gestellt oder in Haft genommen. (...) Viele Bewohner von Peking mussten ihre Häuser für den Bau von Sportstätten räumen, ganze Armenviertel wurden plattgewalzt. Wanderarbeiter mussten teils unter unmenschlichen Bedingungen auf den Olympia-Baustellen arbeiten, sie hatten weder geregelte Arbeitszeiten noch geregelten Lohn, manche wurden wie Sklaven gehalten.“*

Manfred von Richthofen, langjähriger Präsident des Deutschen Sportbundes<sup>7</sup>

Die Kommunistische Partei nutzte die Spiele 2008, um ihre Macht zu festigen und die Repressionen zu verstärken.

Bei der Eröffnungsfeier wurde die Harmonie der Völker in China beschworen, Kinder in den Trachten von 56 Völkern der Volksrepublik tanzten vor hunderten Millionen Fernsehzuschauer\*innen in aller Welt. Später wurde bekannt, dass die meisten dieser Kinder der Mehrheitsbevölkerung der Han angehörten, weil man den Minderheiten nicht traute. Mehrere hundert Tibeter\*innen und Uigur\*innen wurden wegen ihrer Proteste im Zuge der Olympiade zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Vor den Spielen zeigte die chinesische Regierung, wie wenig ernst sie es mit ihrer Ankündigung von Medienfreiheit gemeint hatte: Ab dem 10. März

2008, dem Jahrestag der Flucht des Dalai Lama aus Tibet im Jahr 1959, kam es zu mehr als 140 Demonstrationen von Tibeter\*innen in mehr als 60 Bezirken des tibetischen Siedlungsgebiets in der Volksrepublik. Die Proteste richteten sich gegen Repressionen durch den chinesischen Staat. Die Regierung reagierte mit der Ausweisung von allen Journalist\*innen, die sich in der Region befanden. Nur einen ausländischen Journalisten nahm sie davon aus. Erst zwei Wochen nach Beginn der Proteste wurde eine handverlesene Gruppe von Journalist\*innen für drei Tage in die Region gelassen. Als die Gruppe einen Tempel besuchte und Mönche das Vorgehen der Regierung kritisierten, drängten die offiziellen Begleiter\*innen der Medienvertreter\*innen zur Abreise.<sup>8</sup> Kurz vor Beginn der Spiele nahm der damalige IOC-Präsident Jacques Rogge bei einer Pressekonferenz in Peking sein Versprechen zurück, dass es für ausländische Korrespondent\*innen während der Olympischen Spiele absolut freien Zugang zum Internet geben würde. Mehre Internetseiten, auf denen die Menschenrechtspolitik der chinesischen Regierung kritisiert wurde, blieben gesperrt. Nach Angaben der Organisation Reporter ohne Grenzen (RoG) wurden während der Spiele mindestens 22 ausländische Journalist\*innen attackiert, festgenommen oder an ihrer Arbeit gehindert.<sup>9</sup>

Die Regierung hatte vor den Spielen die Einrichtung so genannter „Protestzonen“ versprochen und 77 Antragsteller\*innen versuchten, Proteste anzumelden. Wegen massiver Einschüchterung durch die Behörden konnten sie ihr Recht auf Protest aber nicht wahrnehmen.<sup>10</sup> Mehrere von ihnen wurden verhaftet oder verschwanden spurlos.<sup>11</sup> Ji Sizun, nach einem Antrag auf Protest in der „Protestzone“ zu drei Jahren Haft verurteilt und später nochmals inhaftiert, starb im Juli 2019, zwei Monate nach seiner letzten Haftentlassung, an den Folgen einer unbehandelten Krebserkrankung in einem von der Polizei bewachten Krankenhaus.<sup>12</sup>

Menschenrechtler\*innen wie der chinesische Aktivist Hu Jia wurden auch vor den Olympischen Spielen systematisch von der Polizei überwacht und gewarnt, nicht mit ausländischen Medien zu sprechen. Hu Jia hatte im Februar 2008 einen offenen Brief an die chinesische Regierung auf Englisch veröffentlicht. Darin kritisierte er unter anderem, dass China den Weltrekord für inhaftierte Journalist\*innen und Autor\*innen halte, von denen 90 Prozent nach der Vergabe der Spiele im Juli 2001 inhaftiert worden seien. Am 3. April 2008 wurde er wegen „Anstiftung zur Subversion gegen den Staat“ zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt.<sup>13</sup> In den Monaten vor Beginn der Spiele wurden Petitionär\*innen, die zum Vorbringen ihrer Anliegen in die Hauptstadt gekommen waren, aufgegriffen, oft verhaftet und wieder in ihre Heimatprovinzen geschickt.



# Die Menschenrechtsslage ein Jahr vor den Olympischen Winterspielen 2022

Ermutigt von der insgesamt zurückhaltenden internationalen Kritik an ihrer repressiven Politik ging die chinesische Regierung nach den Spielen noch konsequenter gegen Menschenrechtler\*innen und Nationalitäten vor. Liu Xiaobo hatte die „Charta 08“ mit initiiert, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit forderte. Er wurde 2009 zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt und starb im Juli 2017 in Haft an den Folgen einer nicht behandelten Krebserkrankung. Dasselbe Schicksal ereilte mehrere andere Dissidenten.

Laut RoG sind derzeit in Cina mehr als 100 **Journalist\*innen** in Haft; 58 von ihnen sind Uigur\*innen. Entgegen der chinesischen Verfassung unterliegen Presse- und Meinungsfreiheit einem in den letzten Jahren immer stärker entwickelten System der Zensur und Einschüchterung. Ausländische Journalist\*innen berichten von physischen Bedrohungen und kurzzeitiger Inhaftierung. Seit dem 1. Mai 2020 wurden 16 ausländische Journalist\*innen des Landes verwiesen. Chinesische Akademiker\*innen wie der Pekinger Professor Xu Zangrun, die sich kritisch über die Regierung äußern, werden entlassen. Zur Abschreckung setzt die Regierung erzwungene Geständnisse angeblichen Fehlverhaltens ein, die im chinesischen in- und ausländischen Fernsehen übertragen werden. Der uigurische Wirtschaftsprofessor und Sacharow-Preisträger Ilham Tohti, 2014 zu lebenslanger Haft verurteilt, ist weiterhin in Haft.

Die Profession der **Menschenrechtsanwält\*innen** wurde seit Beginn einer staatlichen Kampagne im Juli 2015 de facto kriminalisiert. Damals waren über 300 Anwält\*innen festgenommen worden. Der Anwalt Wang Quanzhang berichtete nach seiner Entlassung aus viereinhalb Jahren Haft, wie er während der Verhöre gefoltert und als „Verräter“

beschimpft wurde.<sup>14</sup> Selbst nach dem Ende einer offiziellen Haftstrafe hält die chinesische Regierung Personen in Gewahrsam, in Form von Hausarrest oder dem Einsperren in eine Polizeistation. Diese Form der Haft nach der Haft schüchtert sowohl die betroffene Person als auch ihre Familie ein. Auch hier missachtet die chinesische Regierung die eigene Verfassung, die in Artikel 37 den Schutz der persönlichen Freiheit vorsieht.<sup>15</sup> Auch die Angehörigen der Anwält\*innen werden nach Angaben der UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechtsverteidiger\*innen, Mary Lawlor, regelmäßig von den Behörden eingeschüchtert und überwacht.<sup>16</sup>

Auch die **Religionsfreiheit** für Christen, Muslime, Buddhisten oder Falun-Gong-Praktizierende wurde in den letzten Jahren noch einmal eingeschränkt. Die Regierung verlangt von allen Religionen, „chinesischer“ zu werden und sich an die „sozialistische Gesellschaft“, also die Vorgaben der KPC anzupassen. Gemeinschaften, die nicht vom Staat anerkannt sind, werden als „böse Kulte“ abgetan und ihre Anhänger willkürlich verhaftet und gefoltert.

Die chinesische Regierung setzt christliche Gemeinden unter massiven Druck, religiöse Symbole und religiöses Leben aus der Öffentlichkeit fernzuhalten. Kreuze werden von Kirchen entfernt, Kirchengebäude entweiht oder zerstört, selbst wenn sie mit offizieller Genehmigung errichtet wurden. Priester der Untergrundkirchen werden systematisch eingeschüchtert und gedrängt, in die gleichgeschaltete offizielle Kirche zu wechseln. Seit 1999 werden Falun-Gong-Praktizierende Opfer von Folter, Organraub und Mord durch die chinesischen Behörden. Durch Völkerrechtsbruch der chinesischen Regierung in Hong-

kong und die Einführung des Nationalen Sicherheitsgesetzes ist die Stadt auch kein sicherer Hafen für Falun-Gong-Praktizierende mehr.

In der **Nationalitätenpolitik** setzt die Regierung auf eine verstärkte Zwangsassimilierung und eine Absage an ein multiethnisches, von verschiedenen Sprachen geprägtes China. Stattdessen müsse man die Bewohner\*innen vor der eigenen Religiosität und der damit aus Sicht der Regierung höheren Anfälligkeit für Extremismus „schützen“.

In **Tibet** sind einem Bericht des Wissenschaftlers Adrian Zenz zufolge über eine halbe Million Menschen Opfer von Zwangsarbeit.<sup>17</sup> Über eine Million tibetische Nomad\*innen wurden zwangsweise in „Modelldörfern“ angesiedelt. In den buddhistischen Klöstern Larung Gar und Yarchen Gar wurden tausende Häuser zerstört. Mehr als 10.000 Mönche und Nonnen mussten in Umerziehungslagern der Kommunistischen Partei ihre Loyalität schwören. Den inzwischen 85-jährigen Dalai Lama bezeichnet die KPC weiterhin als „Teufel im Schafspelz“. Seit 2009 haben sich aus Protest gegen die Repressionen 155 Menschen selbst verbrannt.<sup>18</sup> Die tibetische Sprache wird immer seltener an Schulen gelehrt und Sprachaktivisten zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Auch in der **Inneren Mongolei** versucht die chinesische Regierung, die lokale Sprache zurückzudrängen: Ab August 2020 protestierten mongolische Eltern gegen neue behördliche Richtlinien, denen zufolge die Fächer Politik, Geschichte und Literatur ausschließlich auf Hochchinesisch und nicht mehr auf Mongolisch gelehrt werden. Die chinesische Regierung reagierte mit Festnahmen von Eltern, die sich der Kooperation mit den Behörden widersetzen. Auch Administrator\*innen des Kurznachrichtendienstes WeChat und Personen, die über das Internet auf die Proteste hinwiesen, wurden verhaftet. Die Behörden drohten mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, dem Entzug von Eigentum und verringerten Sozialleistungen.

Schätzungsweise 8.000 bis 10.000 Mongol\*innen wurden festgenommen.<sup>19</sup>

In **Xinjiang / Ostturkestan** wird die Entschlossenheit der chinesischen Regierung, ethnische Minderheiten zwangsweise in der Mehrheitsbevölkerung der Han „aufgehen“ zu lassen, am deutlichsten: Im 2017 errichteten System der Umerziehungslager wurden seitdem schätzungsweise 1,6 Millionen Angehörige der uigurischen, kasachischen und kirgisischen Nationalitäten inhaftiert. Das Lagersystem existiert entgegen den Verlautbarungen der chinesischen Regierung weiterhin und wird stetig ausgebaut.<sup>20</sup> Die von der Regierung als „Ausbildungsstätten“ bezeichneten Lager dienen der politischen Umerziehung und Bekämpfung angeblicher „extremistischer Tendenzen“. Zusätzlich ist in den letzten Jahren ein System der Zwangsarbeit errichtet worden, z.B. in der Textilbranche. Dadurch kann die Bevölkerung auch nach der Entlassung aus den Lagern überwacht werden. Neben diesem System deuten die zahlreichen Berichte über Zwangssterilisierungen, Trennungen von Familien, dem Zurückdrängen der uigurischen und kasachischen Sprachen, der Zerstörung von Moscheen sowie die stark gestiegene Zahl von in Gefängnissen inhaftierten Muslim\*innen in Xinjiang auf die Absicht der chinesischen Regierung hin: Die Identität dieser muslimischen Nationalitäten soll ausgelöscht und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in der Region nachhaltig reduziert werden. Im September 2020 bezeichnete der Partei- und Staatschef die Maßnahmen seiner Regierung in Xinjiang als „vollkommen korrekt“.<sup>21</sup>

Der Staat, in dem in zwölf Monaten die Olympischen Winterspiele stattfinden, begeht Völkermord. Und das IOC schweigt beharrlich dazu. Stattdessen lobt Thomas Bach, zuletzt am 25. Januar 2021 in einem Telefonat mit Xi Jinping, die Vorbereitungen der chinesischen Regierung. Man werde durch die Spiele 300 Millionen Chines\*innen mit dem Wintersport bekannt machen.<sup>22</sup>

## Das IOC muss ein Ende der Verbrechen fordern

Das Internationale Olympische Komitee verweist stolz auf seinen Ständigen Beobachterstatus als Nichtregierungsorganisation bei den Vereinten Nationen. Auf die ständigen Verbrechen Chinas muss es nach Auffassung unserer Menschenrechtsorganisation eine der Olympischen Charta und der Anti-Völkermord-Konvention von 1948 angemessene Antwort finden. Die GfbV befürchtet, dass die chinesische Regierung ihre Menschenrechtspolitik öffentlich verteidigen und eine freie Medienberichterstattung während der Spiele verhindern wird. Das staatliche chinesische Olympia-Organisationskomitee ließ verlauten, man wolle nur mit Journalist\*innen zusammenarbeiten, die sich ausschließlich für Sport interessieren. Über die Menschenrechts- und Covid-19-Lage werde nicht gesprochen. Auch chinesische Sport-Universitäten dürfen nicht mit ausländischen Medien über die Olympiade sprechen. Regierungssprecher Zhao Lijian beschuldigte Menschenrechtsorganisationen, die Winterspiele „politisieren“ zu wollen, was der Olympischen Idee widerspreche.<sup>23</sup>

In der Frage, ob Sport und Politik zusammengehören, ähnelt die Rhetorik des IOC-Präsidenten durchaus der Zhao Lijians. Thomas Bach forderte im Oktober 2020, die Olympischen Spiele dürften nicht zum „Marktplatz der Demonstrationen aller Art“ werden.<sup>24</sup> Er weigert sich, das Wort „Uiguren“ auch nur in den Mund zu nehmen. Bis heute hat das IOC nicht offengelegt, welche Garantien es von der chinesischen Regierung im Jahr 2015 während der Bewerbung für die Winterspiele in Menschenrechtsfragen bekommen hat.<sup>25</sup> Bach, der im März 2021 höchstwahrscheinlich erneut zum IOC-Präsidenten gewählt wird, hat die Gelegenheit, die Werte der Olympischen Charta zu verteidigen. Dafür muss er aber sein Schweigen beenden und zu den Verbrechen der chinesischen Regierung Stellung beziehen.

**FREIE AUSREISE**

**FÜR**

**LIU XIAOBO**

**UND LIU XIA.**



*Im Juli 2017 forderte die GfbV anlässlich des Staatsbesuches von Xi Jinping die Freilassung Liu Xiaobos und seiner Frau Liu Xia. Der Schriftsteller verstarb kurz darauf in Haft, seine Frau ging ins Exil.*

# Endnoten

- <sup>1</sup> ARD Sportschau: E-Mail an die Athleten – Bach wirbt um Verständnis, 23.03.2021, <https://tokio.sportschau.de/tokio2020/nachrichten/E-Mail-an-die-Athleten-Bach-wirbt-um-Verstaendnis,olympia6978.html> [Zugriff am 08.01.2021]. In der E-Mail bezog sich Bach mit dem oben genannten Satz auf die Verschiebung der Sommerspiele 2020 in Tokio.
- <sup>2</sup> Deutsche Olympische Akademie: Olympische Charta 2014, [https://www.doa-info.de/images/PDF/Olympische\\_Charta\\_2014.pdf](https://www.doa-info.de/images/PDF/Olympische_Charta_2014.pdf) [Zugriff am 03.01.2021].
- <sup>3</sup> Columbia Journalism Review: The Olympics and Press Freedom, [https://archives.cjr.org/behind\\_the\\_news/the\\_olympics\\_and\\_press\\_freedom\\_1.php](https://archives.cjr.org/behind_the_news/the_olympics_and_press_freedom_1.php) [Zugriff am 16.12.2020].
- <sup>4</sup> Washington Post: China Using Rights Issue To Promote Olympic Bid, 21.02.2001, <https://www.washingtonpost.com/archive/politics/2001/02/21/china-using-rights-issue-to-promote-olympic-bid/dc41d7d5-869f-4075-8f17-28bc788a1e3e/> Übersetzt vom Autor aus dem Englischen. Originalzitat: „By applying for the Olympics, we want to promote not just the city's development, but the development of society, including democracy and human rights.“ [Zugriff am 01.01.2021]
- <sup>5</sup> Vgl. ebenda. Übersetzt vom Autor aus dem Englischen. Originalzitat: „If people have a target like the Olympics to strive for, it will help us establish a more just and harmonious society, a more democratic society, and help integrate China into the world.“ [Zugriff am 01.01.2021]
- <sup>6</sup> Botschaft der Volksrepublik China in Deutschland: Premier – China to ratify UN Covenant on Civil and Political Rights at early date, 18.03.2008. <https://www.fmprc.gov.cn/ce/cede/det/jj/t415894.htm> [Zugriff am 02.01.2021]
- <sup>7</sup> Manfred von Richthofen: „Olympia in China war ein Fehler“ – Lehren aus Peking, Lehren aus Sotschi: Das IOC darf Olympia nur noch an Länder, 08.08.2009, online veröffentlicht am 17.05.2010, <https://www.sueddeutsche.de/sport/menschenrechte-olympia-in-china-war-ein-fehler-1.172158#:~:text=Die%20olympische%20idee%2C%20die%20auch,w%C3%BCrde%20es%20wurde%20nicht%20eingel%C3%B6st> [Zugriff am 03.01.2021].
- <sup>8</sup> Gesellschaft für bedrohte Völker: 50 Jahre Volksaufstand in Tibet, März 2009, [https://www.gfbv.de/uploads/download/download/Menschenrechtsreport\\_nr59\\_50\\_Jahre\\_Volksaufstand\\_in\\_Tibet.pdf](https://www.gfbv.de/uploads/download/download/Menschenrechtsreport_nr59_50_Jahre_Volksaufstand_in_Tibet.pdf) [Zugriff am 03.01.2021]
- <sup>9</sup> Reporters without Borders: Olympic disaster for free expression in China, 22.08.2008, <https://rsf.org/en/news/olympic-disaster-free-expression-china> [Zugriff am 15.12.2020]
- <sup>10</sup> Gesellschaft für bedrohte Völker: Menschenrechtler ziehen kritische Bilanz – Olympische Spiele haben Menschenrechtsverletzungen geschürt, 22. August 2008, <http://www.gfbv.it/2c-stampa/2008/080822de.html> [Zugriff am 02.01.2021]
- <sup>11</sup> Allison Welch: Human Rights in China: 2008 Beijing Summer Olympics, <https://www.du.edu/korbel/hrhw/researchdigest/china/OlympicsChina.pdf> [Zugriff am 02.01.2021]
- <sup>12</sup> Voice of America: Rights Groups Urge China to Investigate Death of Activist in Police Custody, 12.07.2019, <https://www.voanews.com/east-asia-pacific/rights-groups-urge-china-investigate-death-activist-police-custody> [Zugriff am 04.01.2021]

- <sup>13</sup> Hu Jia war am 30. Januar 2008 verhaftet worden. Der Brief, den Hua Jia mit dem Menschenrechtsaktivisten Teng Biao verfasst hatte, war im September 2007 in China veröffentlicht worden, <https://www.theguardian.com/world/2008/feb/27/china.humanrights>
- <sup>14</sup> Apple Daily: Wang Quanzhang blasts China for torture to extract confession, 22.06.2020, <https://hk.appledaily.com/news/20200622/LFK5XSCOUHOGBXLFPZONT6R24/> [Zugriff am 04.01.2021].
- <sup>15</sup> Safeguard Defenders: Access Denied -China's False Freedom, 26.01.2021, [https://safeguarddefenders.com/sites/default/files/pdf/ACCESS%20DENIED%20%232%20ENGLISH%20FINAL%20VERSION%20FULL\\_0.pdf](https://safeguarddefenders.com/sites/default/files/pdf/ACCESS%20DENIED%20%232%20ENGLISH%20FINAL%20VERSION%20FULL_0.pdf) [Zugriff am 27.01.2021].
- <sup>16</sup> Office of the High Commissioner for Human Rights: China – Shock at continued crackdown on human rights defenders and lawyers, 16.12.2020, <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26612&LangID=E> [Zugriff am 04.01.2021]
- <sup>17</sup> Jamestown Foundation: Xinjiang's System of Militarized Vocational Training Comes To Tibet, 22.09.2020, <https://jamestown.org/program/jamestown-early-warning-brief-xinjiangs-system-of-militarized-vocational-training-comes-to-tibet/> [Zugriff am 06.01.2021].
- <sup>18</sup> The Tibet Post International: CTA organized a prayer service for Shurmo, who self-immolated to protest against China's policies in Tibet, 18.01.2021, <https://www.thetibetpost.com/en/news/tibet/6922-cta-organized-a-prayer-service-for-shurmo,-who-self-immolated-to-protest-against-china%E2%80%99s-policies-in-tibet> [Zugriff am 21.01.2021].
- <sup>19</sup> Southern Mongolian Human Rights Information Center: Activists face imprisonment and police stations in schools, 18.10.2020, [https://www.smhric.org/news\\_683.htm](https://www.smhric.org/news_683.htm) [Zugriff am 11.12.2020].
- <sup>20</sup> BuzzFeed News: China Built A Vast New Infrastructure to Imprison Uyghurs, 27.08.2020, <https://www.buzzfeednews.com/article/meghara/china-new-internment-camps-xinjiang-uyghurs-muslims> [Zugriff am 10.01.2021].
- <sup>21</sup> New York Times: Brushing Off Criticism, China's Xi Calls Policies in Xinjiang 'Totally Correct', 26.09.2020, <https://www.nytimes.com/2020/09/26/world/asia/xi-jinping-china-xinjiang.html> [Zugriff am 15.01.2021].
- <sup>22</sup> IOC: <https://www.olympic.org/news/ioc-statement-on-the-olympic-winter-games-beijing-2022> [Zugriff am 28.01.2020].
- <sup>23</sup> Deutschlandfunk: Olympische Winterspiele 2022 in Peking – Chinas Staatsführung ist nervös, 20.09.2020, [https://www.deutschlandfunk.de/olympische-winterspiele-2022-in-peking-chinas.1346.de.html?dram:article\\_id=484378](https://www.deutschlandfunk.de/olympische-winterspiele-2022-in-peking-chinas.1346.de.html?dram:article_id=484378) [Zugriff am 10.01.2021]
- <sup>24</sup> Die Welt: Olympische Spiele können die Tür zum Frieden öffnen – Kommentar von Thomas Bach, 23.10.2020, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article218422740/Thomas-Bach-Olympische-Spiele-brauchen-Respekt.html> [Zugriff am 10.12.2020].
- <sup>25</sup> AP News: IOC accused of ignoring human rights for 2022 Beijing Games, 18.12.2020, <https://apnews.com/article/race-and-ethnicity-winter-olympics-thomas-bach-juan-antonio-samaranch-beijing-a521b88accdde969268c672a8569f335> [Zugriff am 11.01.2021].

# Impressum



Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)  
Postfach 2024, D-37010 Göttingen  
Tel.: +49 551 49906-0, Fax: +49 551 58028  
E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de), [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

Spendenkonto bei der Bank für Sozialwirtschaft:  
(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070  
(BIC) BFSWDE33HAN

Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen und mit mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros und Repräsentant\*innen in Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Großbritannien, Südtirol/Italien, Kurdistan/Irak, der Schweiz und den USA.

Autor: Hanno Schedler  
Redaktion: Jonas Bermaoui  
Layout: Tanja Wieczorek  
Fotos: Hanno Schedler  
Titelbild: Demonstration von Uigur\*innen vor dem chinesischen Generalkonsulat in München, August 2020

Herausgegeben von der  
Gesellschaft für bedrohte Völker  
im Februar 2021

*Für Menschenrechte. Weltweit.*



Gesellschaft für  
bedrohte Völker